

16.04.2013

Antrag

der Fraktion der FDP

Personaleinsatzmanagement für den internen Arbeitsmarkt wiederbeleben – Beschäftigte sinnvoll einsetzen und Veränderungsprozesse gestalten

I. Ausgangslage

Die Personalausgaben sind eine entscheidende Stellgröße zur Konsolidierung des Landeshaushaltes. Rund 50 Prozent der Steuereinnahmen oder 40 Prozent der Ausgaben des Landes werden durch Personal gebunden. Zudem rollt durch die in den kommenden Jahren erheblich ansteigenden Versorgungsleistungen eine Ausgabenlawine auf den Landeshaushalt Nordrhein-Westfalen zu.

Es besteht innerhalb der Landesverwaltung ein Überhang an Personal. Die perspektivisch nicht mehr notwendigen Stellen sind mit „künftig wegfallend“ (kw-Vermerk) gekennzeichnet. Der Ausweis von kw-Vermerken ist beispielsweise die Folge von Arbeitsorganisationsuntersuchungen und der Umsetzung von einst geplanten Stellenabbaumaßnahmen der ehemaligen Landesregierung.

Um das Personal des Landes Nordrhein-Westfalen effizienter einsetzen zu können, ist im Jahre 2007 das Landesamt für Personaleinsatzmanagement des Landes Nordrhein-Westfalen (PEM) gegründet worden. So konnte der interne Arbeitsmarkt des Landes geordnet und neu zu organisiert werden. Ein landesweit flexibler Personaleinsatz ist dadurch erst möglich geworden.

Obwohl sich das Personaleinsatzmanagement zu einem erfolgreichen Instrument sowohl für die von Personalmaßnahmen betroffenen Beschäftigten als auch für das Land bei der strukturellen Haushaltskonsolidierung entwickelt hat, hat die rot-grüne Landesregierung das bis zum Jahr 2012 befristete Gesetz über das Personaleinsatzmanagement Nordrhein-Westfalen leider nicht verlängert und die bisherigen Strukturen abgewickelt.

Andere Bundesländer wie Hessen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern oder Berlin mit ähnlich gelagerten administrativen Herausforderungen wie Nordrhein-Westfalen haben auch einen zentral geführten Stellenpool eingerichtet und damit ebenfalls Erfolge erzielt.

Datum des Originals: 16.04.2013/Ausgegeben: 16.04.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

II. Handlungsnotwendigkeiten

Seit Auflösung des Personaleinsatzmanagements fehlt eine ressortübergreifende Transparenz der Beschäftigtenwünsche sowie von Angebot und Nachfrage für einen optimalen Personaleinsatz. Damit werden wertvolle Arbeits- und Leistungspotentiale der Beschäftigten ebenfalls nicht voll ausgeschöpft. Freie Stellen für Landesaufgaben werden aktuell zu oft auf dem externen Markt vergeben, anstatt sie intern mit Beschäftigten aus anderen Ressorts zu besetzen, deren Stellen künftig wegfallen dürften.

Das Personaleinsatzmanagement hat die Akquise, Qualifizierung und Vermittlung der dem Landesamt zugeordneten Beschäftigten auf Stellen oder in Übergangseinsätze übernommen. Freie Planstellen wurden mit Beschäftigten des PEM besetzt. War dies nicht möglich, konnten die Ressorts landesweit ausschreiben, um eine landesverwaltungsinterne Besetzung zu ermöglichen. Wenn keine interne Stellenbesetzung möglich ist, erfolgt eine externe Ausschreibung.

Zur Akquisition zählte die Suche nach geeigneter freier Stellen innerhalb der Landesverwaltung, Übergangseinsätze wie Projekte oder Vertretungen sowie die Identifikation bislang extern vergebener Aufgaben. Die Personalvermittlung erfolgte individuell durch einen direkten Kontakt mit PEM-Beratern vor Ort. Eine spezielle Datenbank hat dabei die Vermittlung unterstützt. So konnte das Land für die amtsangemessene Beschäftigung der versetzten Personen Sorge tragen.

Das PEM hat zusätzlich zielgruppenspezifische Beratungen für Beschäftigte angeboten sowie geeignete Qualifizierungsmaßnahmen ausgewählt und damit die Beschäftigten auf die neuen Anforderungen in den zukünftigen Einsatzbereichen vorbereitet. Darüber hinaus sind ebenfalls Qualifizierungsmaßnahmen zur Verbesserung der Vermittlungschancen angeboten und durchgeführt worden.

Nach Auflösung des PEM werden einzelne Aufgaben im Finanzministerium weitergeführt – deren niedrige Priorisierung lässt sich jedoch daran erkennen, dass sie zukünftig von einem neu zu gründenden Landesamt für Finanzen betreut werden sollen. Dieses hat im Wesentlichen die Aufgaben der Landeskasse Düsseldorf und des EPOS Competence Center zu übernehmen. Eine wirkungsvolle Steuerung und Qualifizierung von Personal ist dadurch nicht mehr zu erwarten.

Aktuelle Entwicklungen belegen jedoch den weiterhin dringenden Bedarf eines Personaleinsatzmanagements. Beispielsweise werden mehrere hundert qualifizierte Beschäftigte des WestLB-Rechtsnachfolgers Portigon AG schon seit längerem nicht sinnvoll eingesetzt. Dabei ist es notwendig, den unkündbaren Beschäftigtengruppen – wie Bediensteten der Landesbank mit beamtenähnlichen Versorgungsverträgen sowie Langzeitbeschäftigten mit über 20 Jahren Betriebszugehörigkeitsdauer –, für deren Vergütung der Steuerzahler ohnehin noch lange Jahre aufkommen muss, dann im Landesinteresse auch sinnvolle Arbeitsaufgaben zu übertragen. Betriebsrat und Verdi kritisierten bereits, dass bei der Portigon AG Hunderte von Beschäftigten nicht ausgelastet sind. Selbst die eher freundlichen Schätzungen gehen davon aus, dass 25 Prozent der Beschäftigten keine sinnvolle berufliche Tätigkeit mehr ausüben, während für andere Landesaufgaben Hunderte neuer Stellen geschaffen oder Funktionsstellen neu besetzt werden. Diese Situation ist dem nordrhein-westfälischen Steuerzahler gegenüber unverantwortlich.

III Beschlussfassung:

Die Landesregierung wird aufgefordert, möglichst bald das Landesamt für Personaleinsatzmanagement erneut einzurichten und alle für diesen Prozess notwendigen administrativen, rechtlichen und konzeptionellen Maßnahmen zu ergreifen.

Christan Lindner
Christof Rasche
Ralf Witzel

und Fraktion